



Stufenweise Übergang zum freien Welthandel

Am 15.11.2007 tagten im Sächsischen Landtag die EU-Kommission mit den einzelnen Vertretern der südostafrikanischen Gruppe (SADC), der westafrikanischen Gruppe (ECOWAS) und der einzelnen Industriegruppen aus Afrika (Baumwollsaamenindustrie, Hühnerproduzenten) und Europa (Textilindustrie).

Sie versammelten sich um über die Fortschreibung des Vertrages von Lomé zu verhandeln. Nach dem Willen der Welthandelsorganisation WTO sollen die Sonderbedingungen im Handel zwischen der EU und den afrikanischen Staaten im kommenden Jahr auslaufen. Schutzzölle ermöglichen bislang den Afrikanern noch den Absatz wenig konkurrenzfähiger Produkte. Verhandelt werden sollen neue Abkommen, die so genannten EPA (Economic Partnership Agreements), zu Deutsch: Wirtschafts-Partnerschafts-Abkommen. Dieses Abkommen soll die Geschäftsbedingungen zwischen der EU und den 79 ehemaligen Kolonialstaaten von Afrika, der Karibik und dem Pazifik herstellen. Sie sagt, dass nur so ein freies Handeln zwischen den Partnern und somit auch weltweit möglich ist.

Zum ersten Treffen der verschiedenen Handelsorganisationen wurde von Seiten der EU-Kommission nicht viel Inhalt eingebracht. Weder Vorschläge noch weitere Pläne wurden von denen genannt. Die einzelnen Länder stellten ebenfalls ihren Standpunkt dar, konnten aber bis dahin nur wenige Verbesserungsvorschläge vorweisen. Lediglich die Europäische Textilindustrie legte die Abschaffung der Zölle vor. Die Afrikanische Industrie hingegen konnte den Verträgen nichts abgewinnen, dadurch würde ihre Existenz bedroht. Die afrikanischen Länder waren zu dem Zeitpunkt zwar für den Vertrag, jedoch erwarten sie einige Veränderungen.

Zunächst suchten die afrikanischen Länder untereinander nach gemeinsamen Positionen. In den Verhandlungen zwischen

Tansania und Namibia stellt sich heraus, dass beide Länder gemeinsame Ziele verfolgen. So wollen sie beispielsweise Subventionen und Schutzzölle für 25 Jahre mit gegenseitigen Hilfen. Außerdem verlangen sie steuerfreie Gewinne und wollen mit europäischen Investoren zusammenarbeiten. Allerdings sollen untereinander keine Zölle veranschlagt werden. Auch Botswana ist für einen Freihandel untereinander und stimmt der Hilfe von der EU zu. Zudem verlangen sie aber, dass die Zölle für Lebensmittel erhöht werden.

Die Verhandlung führte Tansania, das wahrscheinlich am schwersten von dem Vertrag betroffen ist. Man kam nun zu der Einigung, dass nur 20 Jahre für Schutzzölle veranschlagt werden und man 15% mehr Hilfe von der EU erwartet. Somit soll nach 20 Jahren ein freier Handel erreicht werden.



Foto: K. Springer

Es soll festgelegt werden, dass man nicht mehr als 49% der Anteile an einem Unternehmen verkauft und so die Eigentümer schützt.

Die Eu-Verhandlungsführer versuchten, in getrennten Verhandlungen die afrikanischen Ländergruppen gegeneinander auszuspielen. Die Afrikaner bestanden jedoch auf einer gemeinsamen Position. Das unter Zeitdruck erreichte Ergebnis bestand in einem Kompromiss.

P.W.

Kommentar:

Weltweit handeln nennt sich das!

Freies Handeln weltweit, Zölle und Subventionen sollen in den nächsten 20 Jahren nach und nach wegfallen. Ein Verbund von Staaten soll für gleiche Regeln für alle sorgen. Chancengleichheit gegen Hunger und weltweites Leiden.

Die Proteste der europäischen Zivilgesellschaft spiegeln die Angst der Menschen vor solch einem (Alb)traum wieder. Protestaktionen bewirkten bei den Verhandlungen zwar einen Zeitgewinn, um die wirtschaftliche Situation an die Europäischen Länder anzupassen, die afrikanischen Hühnerproduzenten fühlten sich jedoch nicht berücksichtigt. Die afrikanische Zivilgesellschaft bedauert das Desinteresse an der afrikanischen Bevölkerung in diesem Vertrag. Die EU sieht ihre Vortei-

le beim Güterexport und die afrikanische Bevölkerung geht mit ihren Rohstoffen leer aus. Doch wenn man die wegfallenden Subventionen in der EU betrachtet, dann könnte die bald anfangen, die afrikanischen Rohstoffe einzukaufen, denn die europäischen Bauern werden ihre Produktion aufgrund der steigenden Produktionskosten verringern oder einstellen müssen. Weltweit handeln nennt sich das! Die europäischen Wirtschaftsverbände akzeptierten den Vertrag. Fraglich ist nur, ob sich die Lebensbedingungen für die afrikanische Bevölkerung in den nächsten 20 Jahren verbessern werden. Ohne intensivere weltweite Hilfe ist eine Angleichung nicht zu erwarten.

Kathleen Stein

EU kompromissbereit

Interview mit dem EU-Kommissionspräsidenten Felix Brüsselmann

Was sind ihre konkreten Interessen an den Handelsverträgen?

Unsere Interessen sind einerseits das Einrichten der Freihandelsverträge, deren Ziel unter anderem der beidseitiger Profit wäre. Außerdem geht es um die Weiterentwicklung der afrikanischen Volkswirtschaft um deren Situation innerhalb der Länder zu verbessern und zu stabilisieren.

Wessen Interessen vertreten Sie dabei?

Wir vertreten die Interessen der EU-Wirtschaft und der europäischen Union als politisches Organ und als weltpolitische Partei.

Inwiefern würden sie den afrikanischen Ländern entgegenkommen?

Wir wollen ihnen Übergangsfristen ge-

währen, in denen die Zölle Schrittweise abgebaut werden. Außerdem wollen wir sie auch in ökologischen Standards, bei der Aidsproblematik und der Umstellung im Klimawandel auf alternative Energie unterstützen. Dafür würden wir das nötige Knowhow, Geld und die Technik zusteuern. Zu diesem Zweck müsste man die Entwicklungshilfen aufstocken.

Erwarten sie einen erfolgreichen Abschluss dieser Verträge?

Darauf hoffen wir auf Grund des beidseitigen Interesses an einem solchen Vertrag sehr, da keine der beiden Seiten einen großen Nutzen am Nichtzustandekommen dieses Vertrages hätte.

Verhandlungen von Protesten begleitet

Am Rande der Verhandlungen organisierten sich die afrikanischen Zivilgesellschaften Nord-NROs und Süd-NROs immer wieder zu Demonstrationen. So zum Beispiel während der laufenden Essensausgabe. Dabei rief eine Person in die Menge: „Achtundert Millionen Menschen leiden Weltweit an Hunger!“ und es

brachen die Leute zusammen und riefen „Hunger! ...“.

Genau so war auch am Nachmittag der Ausruf „E-P-A – Europa plündert Afrika“ zu hören. Plakate wurden verteilt mit der Aufschrift „Jetzt fängt die Kononialzeit wieder an. STOPPT SIE!“.

Die Nichtregierungsorganisationen wollten mit dieser Aktion Aufmerksamkeit in Bezug auf den Vertrag der Welthandelsorganisation (WTO) erregen. Der Vertrag hätte zur Folge, dass sich der Export von afrikanischen Waren nicht mehr lohnen und das Leiden der Menschen an Hunger zunehmen würde. Die Verhandlungsführung ließ sich jedoch von den Protesten nicht beeindrucken.

Ergebnisse der Verhandlungen

Die Afrikanischen Vertragspartner haben im Prinzip einem Übergang zum Freihandel zugestimmt. Allerdings soll es eine Übergangsfrist von 20 Jahren geben. Keine Partei darf die existierenden Zölle erhöhen oder neue Zölle errichten, es sei denn darüber wird ein anderes Abkommen getroffen. Die Parteien dürfen die Produkte aus ihrem Land nicht bevorzugen vor dem anderen Land. Deswegen werden nach 10 Jahren Schutzzölle abgebaut.

Beide Parteien vereinbarten die Öffnung aller wesentlichen Wirtschaftssektoren für Auslandsinvestitionen. Investoren aus anderen Ländern dürfen gegenüber den Eigenlandinvestoren nicht benachteiligt werden. Es dürfen max. 10 Jahre lang 49% eines Unternehmens in die Hand von ausländischen Investoren gehen. Dabei dürfen aber die Rechte der Investoren nicht durch die staatlichen Regeln beeinträchtigt werden. Die Investoren müssen die gegebenen Steuern des jeweiligen Landes zahlen.

Die Lebensmittel aus Europa werden weiterhin Subventioniert, jedoch verpflichtet sich die EU zum Subventionsabbau innerhalb der nächsten 20 Jahre. Europa leistet Hilfe bei der Entwicklung ökologischer Standards und bei der Bekämpfung von AIDS.



Foto(2): k. springer



Bestechung und Rufmord

Die NGO's haben einen Gutschein von der europäischen Textilindustrie an die Europäische Kommission gefunden. Bestechung oder ein freundschaftlicher Gefallen? Die NGO's sagen, dass das ein Bestechungsversuch der europäischen Textilindustrie war. Ob sie damit Recht haben? Die europäische Textilindustrie meint, dass die NGO's nur ihren Ruf schädigen wollen. Beispiele dafür sind ihrer

Meinung nach das Zerknüllen der Zettel. Dazu sagt der Geschäftsstellenleiter Jonas Stiglich: „Wir finden dies ist keine korrekte politische Ausdrucksweise, das ist die Sprache der Straße, daher appellieren wir sich wieder an die Form zu halten.“ Ein spannender Kampf zwischen NGO und der europäischen Textilindustrie wie wird es wohl weiter gehen, und wer wird gewinnen? J.G.